



Rechtsausschuss

25. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

21. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

hier: Änderung und Ergänzung der Tagesordnung

Die Behandlung der Tagesordnungspunkte 3 und 5 wird im Einvernehmen aller Fraktionen auf einen anderen Sitzungstermin verschoben.

Zu Tagesordnungspunkt 8 wird im Anschluss an die öffentliche Sitzung eine nichtöffentliche Sitzung abgehalten.

Unter dem TOP „Verschiedenes“ wird das Ministerium der Justiz über ein Vorkommnis in der JVA Werl informieren.

Aktuelle Viertelstunde (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])

8

Schwerer Übergriff auf eine Gerichtsvollzieherin in Bochum – Wann wird Minister Biesenbach endlich für wirksamen Schutz sorgen?

¹ nichtöffentlicher Teil zu TOP 8 siehe nöAPr 17/94

- 1 Organstreitverfahren von 7 Abgeordneten des Landtags NRW gegen die Landesregierung wegen Verletzung des Frage- und Informationsrechts von Abgeordneten** 13

VerfGH 5/18

Vertrauliche Vorlage 17/26

Der Ausschuss kommt überein, dem Landtag zu empfehlen, keine Stellungnahme abzugeben.

- 2 Gesetz zur Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen** 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3558

Ausschussprotokoll 17/424

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

- 3 Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2351

Ausschussprotokoll 17/299

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3865

Ausschussprotokoll 17/438

(Siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“ – Die Behandlung des Gesetzentwurfs wurde verschoben.)

4 Sicherheit von Großveranstaltungen gewährleisten – Landesregierung muss Veranstaltungsgesetz vorlegen 16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2406

Ausschussprotokoll 17368

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

5 Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen 18

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2546 – Neudruck

Ausschussprotokoll 17/357

(Siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“ – Die Behandlung des Antrags wurde verschoben.)

6 Keine Doppelmandate im Landtag NRW 19

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3798

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der vom federführenden Hauptausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

7 Viertes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen – Erweiterung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung 20

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Drucksache 17/3580

Stellungnahme 17/923, Stellungnahme 17/931 und Stellungnahme 17/983

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD bei Enthaltung der Fraktion der AfD angenommen.

Die Evaluation soll in vier Jahren durchgeführt werden.

- 8 Todesfall infolge eines Brandes in der Justizvollzugsanstalt Kleve/Tod eines unschuldig Inhaftierten infolge des Haftraumbrandes in der JVA Kleve** *Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2] und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.11.2018 [s. Anlage 3])*

22

Bericht der Landesregierung

Vorlage 17/1210

Vorlage 17/1205

Vorlage 17/1192

Vorlage 17/1236

Vertrauliche Vorlage 17/24

Vorlage 17/1298

Vorlage 17/1331

Vorlage 17/1347

Vorlage 17/1346

Vorlage 17/1399

Vertrauliche Vorlage 17/27

- 9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine NRW (Tierschutz VMG NRW)**

26

Gesetzentwurf

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/4107 – zweiter Neudruck

Der Antrag, auf ein Votum zu verzichten, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD angenommen.

- 10** **Neubau JVA Iserlohn** (*Bericht beantragt mit Schreiben der Fraktion der SPD vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **27**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1404
- 11** **Pakt für den Rechtsstaat** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **28**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1397
- 12** **Änderung des Strafvollzugsgesetzes und des Jugendstrafvollzugsgesetzes noch in dieser Wahlperiode?** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **29**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1396
- 13** **Rückfallstatistik** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **30**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1403
- 14** **Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **31**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1405
- 15** **Opferschutzstrukturen und Netzwerke** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **32**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1398

- 16 Reform der Juristenausbildung** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **33**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1402
- 17 Umgang mit Ersatzfreiheitsstrafen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 2]*) **34**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1401
- 18 Salafisten in der Gefängnis-Seelsorge** (*Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Schreiben vom 09.11.2018 [s. Anlage 1]*) **35**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1400
- 19 Verschiedenes** **37**
hier: **Mitteilung der Landesregierung zu einem Vorkommnis in der JVA Werl**

7 Viertes Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen – Erweiterung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3580

Stellungnahme 17/923, Stellungnahme 17/931 und Stellungnahme 17/983

Die Überweisung an den Rechtsausschuss durch das Plenum sei am 19. September 2018 in erster Lesung erfolgt. Die schriftlichen Stellungnahmen lägen vor und sollen heute ausgewertet werden.

Dr. Jörg Geerlings (CDU) legt dar, dass die Stellungnahmen – wie die des Anwaltsvereins – die CDU-Fraktion in ihrer Überzeugung bestärkten, dass diese Lücke geschlossen werden müsse. Professor Dietlein hebe die Bürgerfreundlichkeit hervor, wenn hier eine klarstellende Möglichkeit bestehe, untergesetzliche Normen zu überprüfen. Das Ganze gehe an das OVG in der ersten Instanz, was auch zu einer gewissen Einheitlichkeit der Rechtsprechung beitragen könne. Zwar habe auch bisher die Möglichkeit bestanden, in der ersten Instanz sozusagen inzident überprüfen zu lassen, dies habe aber den Nachteil, dass es dann für den Einzelfall auch gelte. Auch Behörden könnten Normen überprüfen lassen. Die CDU-Fraktion stehe dem Gesetzentwurf positiv gegenüber und freue sich auf die ersten Erfahrungsberichte.

In den Stellungnahmen der kommunalen Verbände werde der Gesetzentwurf zum Teil kritischer bewertet, da mehr Verfahren befürchtet würden. Jedoch werde obergerichtlich eher Klarheit geschaffen, sodass da eine Verbesserung erfolge und die Zahl der Verfahren eher sinke.

Dem Einwand, die Einführung der Norm lasse den Bürger an der Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandeln zweifeln, tritt Dr. Geerlings entgegen. Insgesamt sehe die CDU-Fraktion den Gesetzentwurf sehr positiv.

Sonja Bongers (SPD) teilt namens der SPD-Fraktion mit, dass sich diese den regierungstragenden Fraktionen anschließe und dem Gesetzentwurf zustimmen werde. Jedoch schlage die SPD-Fraktion vor, nach zwei Jahren eine Evaluierung vorzunehmen, um festzustellen, ob das Argument der kommunalen Spitzenverbände nicht doch zutreffe.

Stefan Engstfeld (GRÜNE) stellt klar, dass die kommunalen Spitzenverbände den Gesetzentwurf ablehnten. Seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen, da der Rechtsschutz für die Bürgerinnen und Bürger zwar minimal, aber immerhin wachse. Seine Fraktion hätten letztendlich die Erfahrungen aus anderen Bundesländern überzeugt, wonach eine solche Erweiterung sinnvoll sein könne.

Thomas Röckemann (AfD) teilt mit, dass auch die AfD-Fraktion den Gesetzentwurf für eine kluge Sache halte, da Bürgerfreundlichkeit sehr wichtig sei. Jedoch werde die Umsetzung scheitern, da es nicht hinreichend Personal gebe und es auch an der materiellen sowie räumlichen Ausstattung hapere. All das müsse zunächst sichergestellt sein. Deswegen werde sich die AfD-Fraktion bei der Abstimmung enthalten und hoffe, dass hier nachgearbeitet werde.

Christian Mangen (FDP) betont, der Gesetzentwurf sei bürgerfreundlicher. Lediglich Berlin und Hamburg hätten diesbezüglich keine Regelungen getroffen. – Zu den Befürchtungen vonseiten der AfD äußert er, die FDP sei guten Mutes, dass die Zuständigen die Umsetzung bestens im Griff hätten.

Dr. Jörg Geerlings (CDU) unterstützt den Vorschlag der Abgeordneten Bongers bezüglich einer Evaluierung, hält jedoch einen Zeitraum von zwei Jahren für zu kurz. Er bittet das Ministerium um einen entsprechenden Vorschlag.

Die Abgeordnete **Sonja Bongers (SPD)** signalisiert Zustimmung zum Vorschlag des **Vorsitzenden Dr. Werner Pfeil (FDP)** auf Erweiterung des Zeitraums für die Evaluation auf vier Jahre.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD bei Enthaltung der Fraktion der AfD angenommen.

Die Evaluation soll in vier Jahren durchgeführt werden.